

Die Gewerkschaft

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter



bände
ebildet,
h den
zum
en cr.
stellen
eiteieu
swohl-
Klein-
haber
Klein-
Dem
Reiche-
gehen
ch den
eine
käftig
geben;
rwaten
enerat-
en be-
solchen
nd für
Kultur-
e ten
tragen.
dhtigen
n Be-
g-tom-
hpreis
Brund-
ächtern
einen
ch Ab-
t- und
iweden
stlichkeit
d noch
agegen
ihnen
gewert-
ch auf
stimmt
d eine
die die
garten-
verband
des ge-
usmaß
nbenen
stlinien
stellen
schzeit-
er von
Klein-
en be-
hnhische
e Ver-
- Im
bungen
wegung
werden,
ng des
garten-

beraus-
25 Pf.
end und

ten im
prin-

gemein-
überliche
chtig ist,
nd rasche
Professur
e groben

on Eden
Preis
ldungen.

e Str. 42



erte Freunde! Es ist doch etwas Großes: anzugehören einer kühnen Sturmtruppe. Das ist herrlich: Mitglied zu sein in einem Verbände edelst ringender Menschen. Vorwärts stürmt die Gewerkschaft. Mit allen Unzulänglichkeiten der heutigen Gesellschaftsformen ringt die freie Gewerkschaft: um reifere und höhere Menschheitsformen Gestalt werden zu lassen.

Dort steht der Feind, ein Heer schwarzer Ritter, der finstere Wald böser Rückständigkeit. Das Kapital. Oder besser: Die Kapitalsbewucherer, die Eigenmächtler, die Ichsinnler, die Täuscher und die Kriegstrompeter.

Vorwärts, hoch die Schwerter des Geistes, auf den Feind! in den Feind! hinweg über den Feind! hin auf den Berg, den Berg, auf den Berg, der da heißt „Überschau“. Und her vom Berge „Überschau“ sehen wir hinab auf die Menschheit. Wie sie leidet: die winselnde Menschheit. Eine blutige Sintflut über die Menschheit hin: so war der letzte Geldkrieg, fälschlich geheissen: Weltkrieg. Hoch über uns die blauen Lüfte gesegneten Sommers. Im Blau das goldene Glücksschiff: Die Sonne, die Sonne! Vom Sonnenmast her das rote Banner allmenschlicher Gemeinsamkeit. Um die Sonne her weiße Rosenkränze feinsten Duftes, die leichten Sommerwolken. Und dort der Falke, weitkreisend, der Falke als Zieler ins Herz des Profitgeiers, der Falke als der Kampfgeist der freien Gewerkschaften.

Der Berg „Überschau“. Ha, die Erscheinung — strahlend steht er hier neben uns, der gute Kamerad, der Mann aus dem Volke, der Genosse, der Arbeiter, der Sohn des Zimmerers von Nazareth. — Ja! hier steht er neben uns: der erste Gemeinschaftsmensch. „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst.“ „Du sollst nicht töten.“ „Tue recht und scheue niemand.“ Und Jesus der Mensch ließ funkeln die Sprache seines Herzens, da horchten auf ihn die Millionen. Da horchen heute noch auf ihn die leidenden Millionen. Der Geist des Nazareners ist nicht tot, sein Geist lebt — Er lebt im Geiste der freien Gewerkschaften, er lebt in unserer Gedankenwelt.

„Gehet hin und einet mir die Völker.“ „Seid gut zueinander, seid milde zueinander, seid wie die Pflanzen; so sanft! Seid wie die Sterne: so schön!“ Und der Duft reichster Sommerrosen befruchtet unser sehndes Herz, der Duft, her aus den Gärten des edlen Wollens

Der Blick vom Berge „Überschau“: Kriegsddivisionen marschieren da unten vorüber. Knochenmänner in Reih und Glied — Höret den Sang der Kriegskette, höret die scharfen Signale: „Die Internationale erkämpft das Menschenrecht.“ Der Blick vom Berge „Überschau“: O, die dunklen Gewitter. Wie der Blitz jacht, das aber ist herrlich, das ist erhaben: Des Blizes rotfeuerige Sprache: „Nie wieder Krieg!“ „Krieg dem Kriege.“

Eine andere Vision. Neue Welt. Eine umgestaltete Welt. Eine Welt ohne Blutvergießen. Eine Welt ohne Zertretung der Nächstenrechte. Eine Welt der Gemeinschaft. Weiße Städte. heraus aus den grünen Ebenen guten Hoffens. Städte mit hohen Türmen, an den Türmen die Flaggen rot wie die erste Morgenstunde, auf den Flaggen golden eingestickt die herrlichen Worte: „Vereinigte Arbeiterstaaten von Europa.“

Ha, Freunde! das Leben ist lebenswert: zu kämpfen für solch ein Ziel: „Europa den arbeitenden Europäern.“ „Alle Macht in die Hände der gesegneten Arbeit.“ „Der schöpferisch tätige Mensch als Bestimmer der weiteren Menschheitsentwicklung.“ Und für solche Ziele kämpfen wir Mitglieder der freien Gewerkschaften, in allen Ländern Europas, in allen Ländern der Welt. Vorwärts, die Ziele zu erreichen, Kampf der Rückständigkeit: her das Siegfriedsschwert, und durchhauen wir die Kehle des Lindwurms Wucherkapital.

Eine Brücke spannt den silbernen Bogen, hin über den Strom Ewigkeit. Das alte Ufer, Ruinen seine Sprache, das neue Ufer, Fruchtbarkeit sein Sang. Und über die silberbogige Brücke hin schreitet die Menschheit, vorneweg die freien Gewerkschaften mit den fliegenden roten Fahnen, hinterher die dumpfen Massen der Zeitblinden, der Leidenden, Jammernden und Lauen. Der eine reißt den andern mit. Vorneweg die rastlose Flamme, der Internationale Gewerkschaftsbund — und alles folgt. Goethes Wort: „Denn so einer vorwärts ruft / Gleich sind alle hinterdrein / Und so geht es, abgestuft / Alt und Jung und Groß und Klein / Hinauf! Vorwärts! Hinauf! Und das Große, das Werk wird getan.“

Wiederum wir hoben auf dem Berge „Überschau“, ha! dort unten der Kampf. Kampf zwischen den Klassen der Reichen und Armen. Bittersten blutigsten Kampf führt der reiche Mensch gegen den armen Menschen, der reiche Mensch kämpft für die Weiterausgestaltung seiner Sonder- und Vorrechte. Und der arme Mensch — was tut er? Teils beugt er den Nacken, läßt sich umlegen das stierige Joch, läßt sich kastrieren seine kühne Männlichkeit. Aber nicht alle sind so, dort! da! die! die kehren den Spieß um, deren Kriegsgeschrei donnert: Klassenkampf von unten her gegen den Klassenkampf von oben. Der arme Mann in den Divisionen der freien Gewerkschaften erkämpft der Menschheit allgemeine freie Menschenrechte — Reicher Mann! wehre dich. Druck gegen Druck. Stürme, schleudere eure Keile gegen die Burgen der Reaktion. Rote Herzen, ihr aber sollt Blitze sein, zerschlagt die Klassengesellschaft. Kampf! Sieg! Freiheit! Gewerkschaft! Nur aus Kämpfen erblüht uns das Glück. Mag Dorta

Drei Monate katastrophaler Preispolitik



Als das Reichsernährungsministerium im Juli dieses Jahres seine berichtigte Zollvorlage veröffentlichte, begründete es die Notwendigkeit des Agrarzolls mit dem Tiefstand der deutschen Getreide- und Viehpreise. Richtig war in dieser Begründung, daß die deutschen Agrarpreise weit unter Friedens- und Weltmarktpreisen lagen. Unberücksichtigt blieb aber dabei, daß die Kleinhandelspreise höher als im Frieden waren. Wir geben die Verhältnisse durch folgende Tabelle wieder, die sich auf die Berliner Notierungen und Kleinhandelspreise stützt:

	Durchschnitt 1913	E.	Kl.	Juni 1924	E.	Kl.
Roggen bzw. Mehl, ½ Kilogramm	8,22	16	6,35	15,7		
Kartoffeln, ½ Kilogramm	2	3,5	2,18	4,3		
Butter, ½ Kilogramm	120	140	130	170		
Rindfleisch, ½ Kilogramm	42,75	93	31,86	99		
Schweinefleisch, ½ Kilogramm	53,5	75	47,86	91		

In unserer Tabelle bedeutet E. den Erzeuger- und Kl. den Kleinhandelspreis in Goldpfennigen. Wir sehen, daß der Erzeugerpreis besonders für Getreide und Fleisch sich noch im Juni 1924 unter dem Friedensstand bewegt, während der Kleinhandelspreis durchweg höher als im Frieden ist. Höher als im Frieden sind auch die Preise für Industriewaren. Nach einer Zusammenstellung der Preußischen Hauptlandwirtschaftskammer kosteten:

	Durchschnittspreis 1913	Durchschnittspreis Juni 1924
Stapelheu	159,10 = 100	233,64 = 147
Schle. Großkristalle	24,24 = 100	32,80 = 135
Ammoniak	1,30 = 100	1,15 = 88
Kl. Masch. und Geräte	1735, — = 100	2541, — = 146
Seller- u. Webwaren	54,92 = 100	93,15 = 170
Geschirre und Schuhe	145, — = 100	168, — = 116

Es ergibt sich also ein bemerkenswerter Preisunterschied zwischen den Waren der Landwirtschaft und den Waren der Industrie. Die richtige Lösung des Problems wäre die radikale Senkung der Industriepreise gewesen. Das war durchaus möglich, da die Kleinhandelspreise für landwirtschaftliche Artikel, wie unsere erste Tabelle zeigt, maßlos überteuert sind und den Friedensstand bei weitem überschritten haben. Der Reichsernährungsminister ging aber diesen Weg nicht, sondern erstrebte durch Freigabe der Getreideaufuhr und durch Schutzpropaganda eine Steigerung der Agrarpreise. Auf Vorstellungen der Gewerkschaften, die auf die drohende Belastung der Arbeiterschaft hinwiesen, versprach er, die Kleinhandelspreise in angemessenen Grenzen halten zu wollen. Seitdem ist fast ein Vierteljahr verstrichen, und wir können die Folgen der Verteuerungspolitik des Reichsernährungsministers zahlenmäßig nachweisen. An der Berliner Produktienbörse stiegen sich die Preise für Getreide, in der Hauptsache unter Einfluß der freigegebenen Ausfuhr, wie folgt:

	Weizen	Roggen	Sommergerste	Wintergerste
	(1000 kg in Goldmark)			
26. Juni	134—136	114—124	138—145	127—135
29. Juli	167—192	140—146	164—173	157—164
19. August	204—210	148—157	205—216	182—187
1. September	212—222	180—185	210—240	190—200
13. September	225—236	197—202	212—240	195—205

Da der Friedenspreis für Weizen 197 und der für Roggen 175 Mk. betrug, waren im Anfang September die Friedenspreise bei weitem überschritten. Die Preisbewegung wird einem aber erst recht klar, wenn man berücksichtigt, daß die steigenden Getreidepreise alle anderen Agrarpreise in die Höhe getrieben haben. Soeben veröffentlicht die Preußische Hauptlandwirtschaftskammer eine Uebersicht über die Steige-

rung der Agrarpreise im Monat August. Es handelt sich um Erzeugerpreise, also um die Preise, die der Landwirt für seine Produkte erhält. Danach gestaltete sich die Entwicklung wie folgt:

	Durchschnittspreis 1913	Durchschnittspreis August 1924	Durchschnittspreis Mai 1924
Roggen 50 kg	8,22 = 100	7,46 = 91	6,55 = 80
Kartoffeln 50 kg	2,00 = 100	2,03 = 102	3,40 = 170
Butter ½ kg	1,28 = 100	1,64 = 128	1,66 = 130
Ohren c, 50 kg	42,75 = 100	30,70 = 72	28,87 = 68
Schweine c, 50 kg	53,50 = 100	56,94 = 106	42,60 = 80

Wir sehen, daß die Agrarpreise durchweg eine erhebliche Steigerung erfahren haben, und das ist um so mehr der Fall, da die Feststellungen der Hauptlandwirtschaftskammer schon deswegen überholt sind, weil die Preise im September weiter angezogen haben.

Der Reichsernährungsminister hat also durch seine Politik eine Preishausse entfesselt, deren Ende gar nicht abzusehen ist. Dagegen haben wir von der versprochenen Korrektur der Kleinhandelspreise noch nicht das geringste bemerkt. Im Gegenteil, gerade gewisse Kreise um den Reichsernährungsminister haben die Kreditnot der Reichsbank durchlöchert und illusorisch gemacht, die geeignet war, einen Druck auf die übersehenen Warenpreise auszuüben. So wälzt man also die erhöhten Erzeugerpreise auf den Verbraucher, in der Hauptsache also auf den Arbeiter ab. Für August liegen seitens der Preisberichtsstelle beim Landwirtschaftsrat Angaben über die Bewegung der Kleinhandelspreise vor, die unsere Behauptungen und Befürchtungen klipp und klar beweisen. Danach entwickelten sich die Kleinhandelspreise wie folgt:

	Durchschnittspreis 1914	Durchschnittspreis August 1924	Durchschnittspreis Juli 1924
Brot ½ kg	0,14 = 100	0,143 = 102	0,143 = 102
Roggenmehl ½ kg	0,16 = 100	0,173 = 108	0,90 = 104
Kartoffeln 50 kg	3,50 = 100	4,31 = 123	—
Butter ½ kg	1,40 = 100	2,37 = 169	1,916 = 141
Rindfleisch ½ kg	0,93 = 100	1,00 = 107	0,92 = 98
Schweinefleisch ½ kg	0,75 = 100	1,30 = 173	0,98 = 132

Auch hier muß gesagt werden, daß die Angaben für August nicht einmal die wirklichen Preissteigerungen wiedergeben und für September bereits überholt sind, da sich gerade im September weitere Preissteigerungen sprunghaft vollzogen haben. Der Reichsernährungsminister hat selbst, erschrocken von dem Erfolg seiner Politik, die freie Getreideaufuhr plötzlich wieder aufgehoben. Zu spät, weil bereits, während andere Agrarländer, z. B. Polen und Italien, mit ihren Vorräten zurückhielten, ungeheure Mengen deutschen Getreides der diesjährigen Ernte nach dem Ausland verkauft worden sind. Deutschland, das Importland für Getreide und Vieh ist, wird im Laufe des Wirtschaftsjahres gezwungen sein, das jetzt verkaufte Getreide zu höheren Preisen zurückzukaufen! Aus diesem Grunde ist kaum damit zu rechnen, daß die Erzeugerpreise schwächer werden und die Preisgezesse an den deutschen Produktenbörsen forrgiert werden können.

Die ganze Entwicklung muß unheilvoll auf die Ernährungslage der Bevölkerung, die Produktivkosten in der Industrie und den lebenswichtigen Export zurückwirken, wenn es nicht gelingt, möglichst schnell in der Preispolitik vernünftige Grundzüge zum Durchbruch zu bringen. Wichtigste Voraussetzung für diese Preisnormalisierung ist der Druck auf die Kleinhandelspreise. Bis jetzt hat Herr Kautz, der Reichsernährungsminister, noch nichts Positives getan, um sein Wort von der „Preisrekorrur“ einzulösen. Der amtlliche Index gibt von den Preissteigerungen der letzten Wochen u. E. ein ganz falsches Bild!

Für den gewerkschaftlich geschulten Arbeiter ergibt sich aus dieser zahlenmäßigen Darstellung, daß wir uns mit Hilfe der Gewerkschaftsorganisation selber helfen müssen!

F. O.

Der Arbeiter einst und jetzt



in unbekannt gebliebener Dichter hatte um die Zeit von 1848 unter dem gewaltigen Eindruck, den die „ausbegehrenden Massen“ auf ihn machten, seinen Gefühlen in einem Gedicht Ausdruck gegeben, aus welchem folgende charakteristische Strophe in unsere Erinnerung zurückgerufen werden soll. Der Dichter sagt:

„Sonst hat man blinnd nur gelacht mit träben Augen, tränennassen, man zitterte vor der Gewalt! Jetzt wird sogar die Faust geballt von kraßbewußten, düstern Massen.“

In der Tat, so war es um diese Zeit, und allzuviel hatte sich auch nicht an dem Zustande, wie er in den drei ersten Zeilen obiger Strophe geschildert wird, geändert, als 20 Jahre später die ersten Anfänge planmäßiger gewerkschaftlicher Organisationen sich bemerkbar machten. Heimlich, ganz heimlich suchte es einer dem anderen ins Ohr, daß eine Bewegung im Entstehen begriffen sei, die sich zur Aufgabe gestellt hatte, aus den blinnd fallenden und unterwürfig zitternden Arbeitern selbstbewußte und ihr Recht fordernde Menschen zu machen. Die Faust wurde zwar auch immer von einigen wenigen geballt, wenn auch nur in der Tasche. Das Kapital und die Kapitalisten waren übermächtig geworden, und die Arbeiterschaft hatte sich noch keine Organisationen geschaffen, die den schlimmsten Auswüchsen des Kapitalismus ein Gegengewicht bieten konnten.

Die ersten Jahre nach dem Krieg von 1870 und 1871 brachten uns in Deutschland einen gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwung. Es war Arbeitermangel in der Industrie zu verzeichnen. In diesen Jahren war das Los der Arbeiterschaft einigermassen erträglich. Als jedoch nach den sogenannten Gründerjahren der Gründerkrach und mit ihm ein gewaltiger industrieller Rückschlag folgte, wurde die Arbeiterschaft in ihrer Lebenshaltung um zwanzig bis dreißig Jahre zurückgeschleudert. Wir haben verbürgte Angaben darüber, daß in der Schuhindustrie anfangs der achtziger Jahre die Reallohne um 15 bis 20 Proz. niedriger waren als 40 Jahre früher, und so war es fast überall. Das Sozialistengesetz von 1878 bis 1890, wie ein furchtbarer Ausdruck auf der Arbeiterschaft lassend, hatte die ersten Anfänge der gewerkschaftlichen Organisationen zerstört und damit auch das Selbstbewußtsein des einzelnen Arbeiters erheblich geschwächt. Man kann sagen, daß die Zeit vom Jahre 1878 bis zu dem Jahre 1893 die Zeit der tiefsten Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft gewesen ist. Vom Jahre 1893 ab merkt man, man kann es sogar statistisch beweisen, daß allmählich eine Besserung der Lebenshaltung eintritt und das dadurch herbeigeführte geistige und körperliche Emporkommen der Arbeiter. Charakteristisch für die Zustände bald nach dem Fall des Sozialistengesetzes war ein Ereignis, das mir unvergessen bleibt. Es fand um diese Zeit in Berlin ein internationaler Textilarbeiterkongreß statt. Wir alle staunten über den gewaltigen Unterschied, der zwischen den englischen und den deutschen Vertretern der Textilarbeiterchaft ins Auge fiel. Dort die gesunden, kraftstrotzenden, wohlgenährten Vertreter Old-Englands und hier die bleichen, knochendürren, halb verhungerten Vertreter der schlesischen und sächsisch-sächsischen Textilindustrie. Schlagender konnte die Wirksamkeit der Gewerkschaften eigentlich nicht demonstriert werden, als durch eine photographische Aufnahme des betr. Kongresses. In England waren die Arbeiter bereits mit Hilfe der Gewerkschaften zu einem Machtfaktor geworden, der mitbestimmend für die Gestaltung der Lebenshaltung war. In Deutschland herrschte das Textilkapital über eine ernüchterte und unterwürfige Arbeiterschaft.

Langsam aber sicher gewannen die Organisationen der Arbeiter an Boden. Ueberaus heftige, mit aller Leidenschaft und Energie geführte Kämpfe wurden im Laufe der Jahrzehnte geführt. Aber nicht immer blieb die Arbeiterschaft Sieger. In Kämpfen gestählt und vor allen Dingen aus den verlorenen Kämpfen Erfahrungen sammelnd und deren Nutzenwendung besorgend, lernte die Organisation, nur Kämpfe zu führen, die für die Arbeiterschaft erfolgreich scheitern und Kämpfe zu vermeiden, die nach menschlicher Berechnung zu Niederlagen führen mußten. So wuchsen allmählich die Gewerkschaften heran, das Vertrauen zu ihnen wurde in immer weitere Kreise der Arbeiterschaft getragen, und der Arbeiter im letzten Jahrzehnt vor dem Kriege sah in jeder Hinsicht anders aus, als der Arbeiter der achtziger und neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts's.

Die Arbeitszeit war von zwölf auf durchschnittlich neun und weniger Stunden herabgedrückt worden. Die Löhne waren in

jahren Kämpfen allmählich höher gedrückt worden, und so konnte man verzeichnen, daß der Konsum an Fleisch langsam und allmählich stieg und daß andererseits die kulturellen Bedürfnisse der Arbeiterschaft mehr als früher befriedigt werden konnten. Die Organisationen und die Organisierten waren im öffentlichen Leben ein Machtfaktor geworden, der von der herrschenden Klasse und der Regierung gefürchtet wurde.

Im Jahre 1914 glaubten kapitalistisch Interessierte und politisch reaktionäre Kreise bereits ernstliche Maßnahmen ergreifen zu müssen, um ein weiteres Anwachsen des Ansehens und der Macht der Arbeiterschaft zu verhindern. Der Weltkrieg brach aus, und unter seinen Begleiterscheinungen und Auswirkungen hatte natürlich der erste Einbruch die Arbeiterschaft und ihre Organisationen zu leiden. Ein Teil der Arbeiterschaft stieg im Werte, weil sie Kriegsdienste, industrielle und militärische leistete. Der größte Teil jedoch litt unter der furchtbaren Umstellung der Industrie, Arbeitslosigkeit und Lebensmittelmangel. Das Kriegsende steht plötzlich eine Arbeiterschaft entgegen, die wiederum an die zwei letzten Zeilen unseres Dichterverwortes erinnert. Die Fäuste werden nicht nur geballt, es wird auch heftig zugeschlagen. Wir erleben einen Orkan der Leidenschaften, der alles bis in die tiefsten Tiefen durchwühlt. Neue Apostel, neue Evangelisten und neue Ideen tauchen in der Arbeiterschaft auf. Zu Mill'ern strömten diejenigen, die bis dahin den Kämpfen der Organisationen teilnahmslos und sogar feindlich gegenüber gestanden hatten, in unsere Reihen. Sie wußten nichts von dem, was hinter uns lag. Sie kannten nicht die enfsagungsreichen und harten Kämpfe, die die Organisationen in den letzten Jahrzehnten geführt haben. Für diese neuen Mitglieder begann tatsächlich mit Anbruch der Revolution die neue Zeitrechnung, die sie allen ihren Gedanken und Taten als Maßstab zugrunde legten. Welt nach links aus schlug das Pendel. Infolge des Zusammenbruches des alten politischen Systems, in Folge der ungeheuren Schwächung der Privatwirtschaft, in Folge der durch den Krieg herbeigeführten körperlichen und seelischen Depressionen, war die Hemmung bei Angreifern und Verteidigern eine außerordentlich mäßige. Im Ueberertrag der Gefühle, in falscher Beurteilung der nächsten Zukunft, ließ sich die Arbeiterschaft zu gewerkschaftlichen Kavallerieangriffen brauchen, denen ein dauernder Erfolg nicht beschieden sein konnte. Nachdem das Kapital und das Unternehmertum in der Wirtschaft durch internationale Hilfe sich wieder mehr und mehr konsolidiert, und nachdem durch die ungeheure Inflation die Arbeiterschaft und die Gewerkschaften bis zum letzten Pfennig ausgepumpt und entleert waren, ging das Unternehmertum zum Generalangriff über, den es aber auch nur führen konnte, wenn die Währung stabilisiert wurde. Die Stabilisierung der Währung mußte in diesem Falle die Kräfte der Arbeiter mehr stärken als die des Unternehmertums. Die schwärzesten Tage unseres materiellen Niederganges lagen mit Ende des vergangenen Jahres hinter uns. Ein Stillstand trat zunächst ein, der unter diesen Umständen Fortschritt bedeutete. Eine neue Basis wurde geschaffen, auf der die Kämpfe der Zukunft ausgekämpft werden müssen. Besinnlicher und ruhiger ist die Arbeiterschaft geworden. Die Spreu hat sich vom Weizen getrennt. Hunderttausende ehemaliger Gewerkschaftsmitglieder haben wieder ihren alten schauerhaften Beruf aufgenommen, nämlich den, Hyänen des gewerkschaftlichen Schlachtfeldes zu sein. Hunderttausende, denen die Gewerkschaften nicht gleich alles in den Schoß zu werfen vermochten, stehen wieder abseits, um, ohne zu sein, an der Ernte teilnehmen zu wollen. Das darf nicht sein!

In diesen Tagen, wo die Gemeindarbeiter und die in Reichs- und Staatsverwaltungen und Betrieben beschäftigten Kollegen alle zu einem Generalappell aufgerufen werden, ist es Pflicht eines jeden organisierten Kollegen, darauf zu achten, daß nicht länger mehr in seinem Betriebe und in seiner Verwaltung und in seiner Umgebung unorganisierte Kollegen und Kolleginnen beschäftigt sind. Hinzu in die Gewerkschaft, muß es heißen, und die nächsten Jahre werden uns, wenn wir auf dem Posten sind, in langwierigen und schon Kämpfen vorwärts bringen. Wir werden nicht mehr in der Effekte, nicht mehr im Kaufse, nicht mehr durch besondere Glücksumstände Besserung unserer Lage herbeiführen können. Daraus folgt, daß unsere Arbeit Menschen verlangt, die wohl mit hohem Idealismus erfüllt sein müssen, die aber die im Wirtschaftsleben wirkenden realen Kräfte richtig einzuschätzen wissen und danach ihre Maßnahmen treffen werden. Ein neues, starkes, selbstbewußtes Geschlecht muß heranwachsen, um die Aufgaben zu erfüllen, die die nächsten Jahrzehnte den Arbeitern und den Organisationen stellen.

Fritz Rastbach

Dawes-Gutachten und Lastenverteilung



erschickene Auffassungen über das Dawes-Gutachten und letzten Endes über die Annahme des Pakttes von London veranlassen uns zur Beantwortung folgender Frage:

Wie wird die deutsche Wirtschaft die Kraft aufbringen, die notwendig ist zur Verwirklichung der nach dem Plane der Sachverständigen festgesetzten Reparationskosten?

Bei dem Kampf um Ablehnung oder Annahme der Vorschläge des Dawes-Komitees wurde das kapitalstarke Unternehmertum zu „Erfüllungspolitikern“. Der Grund für diese größte Wandlung lag in der Cassi der Mikromerträge. Das Unternehmertum lebt in dem Wahn, daß es — durch sein ungeführtes Hervorgehen aus der Geldentwertungperiode und durch seine internationale Verstrickung und Konzentrierung — eine Macht darstellt, die es möglich mache: „Abwälzung der Reparationslast auf Kosten der Lebenshaltung der Lohn- und Gehaltsempfänger.“

Das Unternehmertum kennt für die Ausbringung der deutschen Wiedergutmachungsleistungen nur den einen Weg: niedrige Löhne, lange Arbeitszeit und Abbau der Sozialpolitik. Die besten Stützen für unsere Behauptung sind die von den Arbeitgeberverbänden herausgegebenen Broschüren „Lohnpolitik der deutschen Arbeitgeber“ und „Arbeitszeitfrage in Deutschland“. Erstere ist in der „Gewerkschaft“ Nr. 36 vom Kollegen Böbert kritisch betrachtet worden. Die Argumente in der zweiten Broschüre gegen die Verkürzung der Arbeitszeit, gegen den „schematischen“ Achtstundentag sollen Beweise sein, daß der Achtstundentag schuld sei an der „Unterbilanz“ der deutschen Volkswirtschaft. Folglich Erhöhung der täglichen Arbeitszeit auf 9, 10 und 12 Stunden. Die deutsche Wirtschaft könnte die Reparationsverpflichtungen nur tragen, wenn die Arbeiterklasse auf den Achtstundentag verzichtet.

Mittels der Berechnungen von Fachleuten auf dem Gebiete der Volkswirtschaft wollen wir die „Verantwortung“ des Achtstundentages für die „Unterbilanz“ der deutschen Volkswirtschaft feststellen. Der verstorbene reichste deutsche Industrielle, der der ausländischen Presse erklärt hatte, die deutsche Industrie sei „inlakt geblieben“, schätzte im November 1922 im Reichswirtschaftsrat die für eine Verlängerung der Arbeitszeit in Frage kommenden Arbeitskräfte auf ungefähr 10 Millionen. Professor Hirsch zeigt in seinem Vortrag „Die deutsche Währungsfrage“ im Abschnitt „Kräfte und Gegenkräfte im volkswirtschaftlichen Aufbau, daß an Hand der amtlichen Schätzung von 1924 die Zahl der deutschen Arbeitnehmer auf 16 Millionen zu veranschlagen sei. Nach Abzug derjenigen Arbeitskräfte, wo eine Verlängerung der Arbeitszeit bedeutungslos ist, und der Arbeitslosen und Kurzarbeiter verbleiben noch 6 Millionen Arbeitskräfte in Deutschland, für welche diese Arbeitszeitverlängerung erstlich in Betracht kommt. Rechnen wir mit Rathenau die Arbeitsstunde in ihrem Goldwert mit 60 Goldpfennigen, so ergibt die Verlängerung der Arbeitszeit um eine Arbeitsstunde bei dieser Arbeiterzahl bei 300 Arbeitslagern 1800 Millionen Arbeitsstunden, also nicht ganz 1,1 Milliarde Goldmark an Produktionsvermehrung; dazu kann man für bessere Ausnutzung des gesamten Produktionsapparates noch einen beträchtlichen Zuschlag, um vielleicht ein Viertel dieses Betrages, machen.“ Nun hat das Statistische Reichsamte in der Dent-

schrift an das Dawes-Komitee festgestellt, daß Deutschland, trotz des Gebietsverlustes, im Verhältnis zu der Erwerbstätigenzählung (30 Millionen) im Jahre 1907 ein Mehr von 10 Proz. an Erwerbstätigen gegenwärtig aufzuweisen habe. Diese Feststellung führt zu dem Schluß: „daß der Arbeitsertrag der neuen Arbeiter doch den Ausfall des Achtstundentages mehr als wettgemacht haben müßte. . . Hier ist ein Mehrfakt an Arbeitsleistung. Aber freilich, dieses Mehr an Arbeit wird zum Teil recht unproduktiv geleistet, und zwar durch die unglückselige Fachorganisation unserer Wirtschaft in Industrie, Handel und Bankwesen. . .“ Bei Annahme, daß 4 Millionen Arbeitskräfte unproduktiv arbeiten und durch Amorganisierung der Wirtschaft produktiver Beschäftigung zugeführt werden, kommt Prof. Hirsch zu folgendem Rechenexempel: „Bei acht Stunden Arbeit pro Tag und Kopf würden diese 4 Millionen im Jahre dem deutschen Volke einen unmittelbaren Wertzuwachs von 1800 Millionen Arbeitsstunden bringen. . . Also auch hier wieder einen Geldebetrag von 1,1 Milliarden. Aber noch mehr: Gelänge ein solches Ausschneiden und Produktivmachen solcher überflüssigen Hände, die jetzt im Warenpreis miterhalten werden, so würde eine beträchtliche Senkung des Preisniveaus eintreten.“ Angeführte Berechnung zeigt, wenn nach Abzug der Barzahlungen für Reparationsleistungen der „schematische“ Achtstundentag für die „Unterbilanz“ der deutschen Volkswirtschaft verantwortlich gemacht wird, daß damit die Fehlerquellen verdeckt werden sollen, die als Fachorganisation auf das Konto des Unternehmertums zu buchen sind.

Um die Wandlung der Arbeitgeberverbände richtig abzuschätzen, ein weiteres Beispiel, das dem Artikel „Die Arbeitgeberverbände beim Dammsagen“ der „Metallarbeiter-Zeitung“ Nr. 35 als kritische Stellungnahme zu der Broschüre „Arbeitszeitfrage in Deutschland“ entnommen ist: „Deutschland soll von 1929 ab jährlich 2500 Millionen Mark an die Sieger zahlen. Da nun — nach Rathenaus Darlegung, die sich die Schrift der Arbeitgeber zu eigen macht — eine Arbeitsstunde einer Wertschöpfung von 50 Pf. gleichkommt, so müssen zur Befriedigung der Sieger jährlich rund 5000 Millionen Arbeitsstunden mehr geleistet werden. Nach sachkundiger Schätzung zählt das heutige Deutschland 33 Millionen Erwerbstätige. Somit müßte, um das Mehr von 5000 Millionen Stunden zu leisten, jeder Erwerbstätige rund 150 Stunden im Jahr oder eine halbe Stunde den Tag mehr schaffen. Die guten Arbeitgeber verlangen aber zwecks Abbärdung der Reparation eine Mehrleistung von zwei, drei, sogar

vier Stunden den Tag oder ein Mehr von allermindestens 19 000 Millionen Stunden im Jahr.

Die Arbeiterklasse soll die Reparationskosten tragen. Mittels der Reparationen wollen die Unternehmer ein glänzendes Geschäft machen. Dagegen muß sich die Arbeiterklasse wehren. Die Arbeiterklasse, vereint in den freien Gewerkschaften, muß den Kampf aufnehmen für die Rückeroberung des Achtstundentages. Sie muß der Forderung des Unternehmertums ihre Forderungen entgegenstellen und durchsetzen, nämlich:

- „Preisabbau und Lohnsteigerung.
- Beseitigung der Fachorganisation der Wirtschaft.
- Druck auf Rationalisierung unserer Industriewirtschaft.
- Beseitigung der Zwischenglieder in der Warenverteilung.“

Sind diese Forderungen verwirklicht, dann erst wird es sich zeigen, ob die deutsche Wirtschaft die Kraft aufbringen kann, die notwendig ist zu der Realisierung der nach dem Plane der Sachverständigen festgesetzten Reparationslasten. W. Schapf-Leipzig.

Trommler des Verbandes

Ihr Trommler des Verbandes:

Schnallt euch die Werbetrommel um und geht von Haus zu Haus herum und rührt sie mit kräftiger Hand für den Verband!

Wekt die Trägen und die Launen aus ihrer dumpfen Lethargie, rüttelt und schüttelt sie,

damit sie denkend um sich schauen, damit sie trocken und brennen, damit sie endlich erkennen, warum sie noch entrechtet sind, warum sie noch geknechtet sind, warum sie noch um kargen Lohn sich plagen müssen in langer Front!

Ihr Trommler des Verbandes: Wirbelt die Trommel zum Alarm, zum Kampf gegen Not und Elend und Harm! Trommelt den Stumpf sinn aus den Hirnen! Trommelt den Kampfesgeist in die Stirnen! Werbt dem Verbannde neue Streiter, sammelt die vielen Aufenseiter zu einem großen, gewaltigen Heer, zu unüberstehlichem Damm und Wehr!

Ihr Trommler des Verbandes: Trommelt die Offensiv ein gegen die Elaven des Unverstandes, gegen die sahnenflüchtigen Massen, die sich von Schwägern betören lassen, dann wird der Erfolg auch für euch sein!

B. Kallnowski.

Was wir wollen - was die Arbeitgeber wollen!



arbeitende Kollegen und Kolleginnen in den Gemeindebetrieben und Verwaltungen! Ihr seid oftmals voller Zorn und voller Unlust, weil Ihr das Gefühl nicht los werdet: aus dem Pflichtgesetz der Arbeit ist ein Zwangsgesetz geworden. Während Ihr gerne bereit seid, Eure besten Kräfte in den Dienst der Gemeinsamkeit zu stellen, wird Euch weiter das Recht auf Arbeit gewährleistet, noch wird Euren berechtigten Forderungen auch nur im bescheidensten Ausmaß Rechnung getragen. Oder sind es keine berechtigten Forderungen, wenn Ihr einen Lohn fordert, der Euch und Eurer Familie das Gattessen ermöglicht?

Ist es ein unbilliges Verlangen, wenn Ihr hinreichend Wohnung und Kleidung fordert? Könnt Ihr dauernd verzichten auf den Achtstundentag, der Euch in einer Zeit der gewerkschaftlichen Ohnmacht vielfach schmählich entrisen worden ist?

Nein! sagen wir. Der Arbeiter mag sich noch so geknechtet, noch so gedrückt fühlen, immer wieder wird er sich aus dem Staube winden und

alles daransetzen, um sein hartes Los zu verbessern.

Diese Aufgabe aber wird ihm nur gelingen, wenn er den wirtschaftlichen Kampf nicht als einzelner aufnimmt, sondern wenn er sich mit der Kollegenchaft seines Betriebes zur vereinten Abwehr zusammenschließt.

Wir wollen, daß das Streben der Arbeiterschaft sich nicht in ein Strebertum des einzelnen auflöst, sondern im breiten Strom der gewerkschaftlichen Gesamtbewegung muß der Aufstiegs der Arbeiterklasse gewährleistet sein. Wir wollen, daß alle Kräfte zusammenfließen zu einem gewaltigen Machtfaktor, der auch den Gegner in Respekt hält.

Wir wollen, daß die Arbeiterschaft selbstbewußt und kampfbewußt Plan und Ziel gewinnt im täglich andauernden Streit um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Wir wollen, daß die stumme Resignation, aber auch die dumpfe Verzweiflungstun ausgealtet wird aus dem Dasein des Arbeiters.

Mit hellem Auge und klarer Stirn muß heute jeder Arbeiter erkennen, worauf es in den wirtschaftlichen Kämpfen der Gegenwart ankommt, nämlich auf höchsten Opfermut, treue Kameradschaft, unermüdlischen Pflichteifer jedes einzelnen!

Wir wollen den verklavten, willenlosen Heloten, der sich vor dem Drohwort des Vorgesetzten duckt, wieder aufrichten zu seiner Menschenwürde!

Wir wollen die Menschenbrüderlichkeit zum Siege führen!

Wohl wissen wir, es ist ein weiter Weg zu diesen Zielen; aber seit sechs Jahrzehnten tragen die Pioniere der Gewerkschaftsbewegung das Banner voran und in allen Zeitnöten, in Weltkrieg und Ruhrbedrückung, in Inflation und Wirtschaftskrise hat sich der Gewerkschaftsgedanke siegreich behauptet trotz alledem!

freilich! Das Heer der Gegner ist heute nicht minder zahlreich denn früher. Und ihr Waffenarsenal ist groß. Zwar sind die brutalen Mittel der Maßregelung, der Achtung und Unduldsamkeit seitens der Vorgesetzten heute bei weitem nicht mehr so häufig als früher! Ach, wenn sie nur könnten, die selbstherrlichen Direktoren oder deren Stellvertreter! Heute wird der Kampf nicht mehr ganz so persönlich geführt, aber er ist darum nicht minder erbittert! Heute wollen unsere Gegner mit Hilfe der Gesetzgebung und unter Ausnützung der Krisenzeit unsere Errungenschaften abbauen. An manchen Stellen ist es ihnen gelungen, weil unsere Front nicht überall geschlossen dastand, sondern einige Lücken aufwies. Aber darum kennen wir keine Verzagttheit!

Wie würde heute wohl das Arbeitsverhältnis des Gemeindearbeiters in Deutschland aussehen, wenn es nach dem Willen des Arbeitgeberverbandes deutscher Gemeinden und Kommunalverbände gegangen wäre?

Man wollte 9-12 stündige Mindestarbeitszeit! Zahlreiche Arbeitskategorien sollten überhaupt tariflich rechtlos gemacht werden. Volle Anrechnung der sozialen Leistungen sollte erfolgen. Herabsetzung des Krankenlohns und viele andere Verschlechterungen des R.M.C.



Der Organisierte stößt gegen die Vertreter des Kapitalismus vor, dem Unorganisierten wird dabei auf die Hühneraugen getreten.

Die Organisation hat zwar nicht alle Angriffe erfolgreich abwehren können in dem harten Ringen bei der Neuschaffung des Reichsmanteltarif-Vertrages, aber sie hat die schlimmsten Angriffe zurückgewiesen und sie würde in ihren Abwehrmaßnahmen wesentlich erfolgreicher gewesen sein, wenn die gesamte Kollegenschaft wie ein Mann zusammengestanden hätte. Aber leider zählen wir noch immer 10000, die sich fernhalten von unserer Organisation.

Bist Du einer der Zehntausend, so bedenke, lieber Kollege, daß Dein Schicksal auf Gedeih und Verderb mit dem Deiner Kollegen verbunden ist und all Dein Sträuben oder Zögern nur den Arbeitskampf ungünstig beeinflusst und erschwert . . .

Was also wollen die Vertreter des Arbeitgeber-Verbandes? Sie wollen wieder das System der Vorkriegszeit: „Teile und herrsche!“ heißt ihre stille Parole. Darum versuchen sie nicht nur, wieder gewaltige Differenzen zwischen den Löhnen der Gelehrten, Angelernten und Ungelernten herbeizuführen, sondern sie haben auch die Unterschiede zwischen Arbeitern, Angestellten und Beamten weit über das zulässige Maß hinaus in den Vordergrund gerückt und innerhalb der Beamtenschaft ist die Differenzierung zwischen den Befoldungsstufen viel zu groß.

Die Arbeitgeber-Vertreter der deutschen Stadtgemeinden, insbesondere aber ihre Syndici, haben es sich zur Aufgabe gestellt, „tüchtig“ zu sein, indem sie fast bei jeder Lohnverhandlung den nötigen sozialen Weitblick vermissen lassen. Dieser Zustand ist auf die Dauer für die Gemeindegewerkschaften untragbar. Die Erbitterung allein kann aber keine Änderung herbeiführen, sondern nur die planmäßige Arbeit der gewerkschaftlichen Aktion, die je nach den Umständen einsetzen muß. In dem Maße, wie sich alle unsere Kollegen um das Banner der Organisation scharen, werden sich auch die Erfolge zeigen. Und der zeitweilig geradezu unerträgliche Uebermut mancher Herren wird in die Schranken zurückgewiesen werden.

Wir, die wir seit einem Menschenalter in den Gewerkschaften stehen, wir haben auch in den schwersten Zeiten den Mut nicht verloren und jetzt, da wir eine viel freiere und breitere Kampfbasis haben denn je, jetzt sollten wir verzagen? Niemals!

Eine Voraussetzung aber ist an die siegreiche Entwicklung unserer Bewegung gebunden: Wir dürfen nicht „feiger Gedanken bängliches Schwanken“ Herr über uns werden lassen, sondern „allen Gewalten zum Trotz sich erhalten“ muß unser Wahlspruch sein.

Einst stand das Häuflein der 400 und begründete die Organisation ohne Zaudern und Zagen. Dann strömten viel tausende ein und aus, es verblieben aber doch 50 000 in unserm Haus. Der Weltkrieg brachte auch uns Sorgen und Rückgang der Getreuen. Dann aber kam die große Aufstiegs-Wellen für die deutsche Arbeiterschaft 1918/19. Sie flutete empor und alle Gewerkschafts-Organisationen wußten kaum, wie sie den neuen Zustrom meistern sollten. Langsam ebte die Flut ab und jetzt, da wir wieder vor einer neuen Aufstiegs-Wellen stehen, mag mancher Kollege bedenklich sein und sich fragen, warum muß alle Gewerkschaftsarbeit so oft erneuert und wiederholt werden?

Diesen Mißmutigen antworten wir:

Aufwärts geht der Menschheit Gang, / Ob sich ihr Pfad auch dreht und windet, /

Ja, in die Tiefen oft verschwindet, / Nach oben wieder reißt sie doch der Drang!

Und darum kennen wir keine Verzagtheit als Gewerkschafter! Mögen die Enttäuschungen auf politischem Gebiet manchen Arbeitskollegen (der ein neues Zeitalter erhoffte und darüber vergaß, daß dies auch völlig neue Menschen zur Voraussetzung hat) auch heute noch zweifelstüchtig stimmen, in einem wird er mit uns übereinkommen können: Das Bleibende in der Erscheinungen flucht ist der wirtschaftliche Kampf!

Diesen Kampf so zu führen, daß er allzeit vor der Menschheitsgeschichte bestehen kann, ist die Aufgabe der Gewerkschaften.

Immer wieder wird es Zeiten geben, in denen die Menschen den starken Impuls in sich fühlen, um alles daran zu setzen zur Erringung eines menschenwürdigen Daseins. Eine solche Zeit ist auch für Dich gekommen, darum zögere nicht länger, tritt ein und wirke für den

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter



Steig ein, Kamerad, Du kommst besser vorwärts!

Tarifvertrag und Organisation



Die Lohn- und Arbeitsbedingungen waren früher völlig ungeregt. Der Arbeiter, der ja lediglich auf den Verkauf seiner Arbeitskraft angewiesen ist, um sich und seine Familie zu erhalten, trat dem wirtschaftlich stärkeren Arbeitgeber als einzelner gegenüber und war genötigt, zu den Bedingungen zu arbeiten, die der Arbeitgeber einseitig bestimmte. Dieser Grundsatz galt nicht nur für die Arbeiter der Privatindustrie, sondern auch für die Arbeiter der Gemeinden usw. Schließlich erkannte die Arbeiterschaft, daß sie sich von dieser einseitigen Bestimmung der Arbeitsbedingungen durch den Arbeitgeber nur befreien könne, wenn sie sich in Berufsverbänden organisierte und dem Arbeitgeber gegenübertritt. Als stärkstes Mittel zur Durchsetzung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, wenn gütliche Verhandlungen erfolglos blieben, wurde die geschlossene Arbeitsniederlegung erkannt.

Der Kampf um eine bessere Existenz erforderte in früherer Zeit nicht nur materielle Opfer an Beiträgen, sondern auch große Opfer persönlicher Art. Diese Opfer sind aber nicht vergebens gebracht worden. Es gelang der organisierten Arbeiterschaft sich durchzusetzen. Zunächst wurden bessere Einzelarbeitsverträge erzwungen, da die Unternehmer ablehnten, mit den Gewerkschaften Verträge abzuschließen. Später wurde jedoch auch dieser Widerstand überwunden. Es kam schließlich zum Abschluß von Kollektivvereinbarungen (Tarifverträgen) zwischen den Gewerkschaften und dem einzelnen Arbeitgeber oder den Arbeitgeberverbänden, für welche zunächst eine gesetzliche Unterlage fehlte. In demselben Maße, wie die Tarifverträge sich ausbreiteten, entsprachen die Arbeitsbedingungen des einzelnen dem Kräfteverhältnis zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum, wie es beim Abschluß des Tarifvertrages vorhanden war. An die Stelle des einzelnen Arbeitsvertrages, dessen Inhalt leicht der Unternehmer bestimmen konnte, trat in zunehmendem Maße der Tarifvertrag. Das Hauptaugenmerk wurde dabei von der Arbeiterschaft auf Zahlung hoher Löhne und Herabsetzung der Arbeitszeit gerichtet.

Am längsten sind die Arbeiter der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen getriebelt gewesen. Die öffentlichen Körperschaften haben sich am längsten dagegen gewehrt, unter dem Druck von Koalitionen die Arbeitsbedingungen zu regeln. Trotzdem gelang es jedoch unserem Verband schon lange vor dem Kriege mit einigen Stadtverwaltungen auf gütlichem Wege, bei anderen durch Kampf, geregelte Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen und Tarifverträge abzuschließen. Die Vereinbarung zwischen den Spitzenverbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer vom 15. November 1918, welche unter anderem vorsah, „die Arbeitsbedingungen für alle Arbeiter durch kollektive Vereinbarungen mit den Gewerkschaften festzusetzen,“ wurde vom Rat der Volksbeauftragten am selben Tage veröffentlicht mit dem Ersuchen an die Leiter der Reichs-, der Landes- und der Kommunalbetriebe, diese Vereinbarung in den von diesen geleiteten Betrieben zu beachten. Durch Gesetz vom 18. Dezember 1918 wurde der Tarifvertrag alsbald gesetzlich geregelt. Einzel-

arbeitsverträge der am Tarifvertrag beteiligten Arbeiter dieses grundsätzlich nicht günstiger sein als der Tarifvertrag.

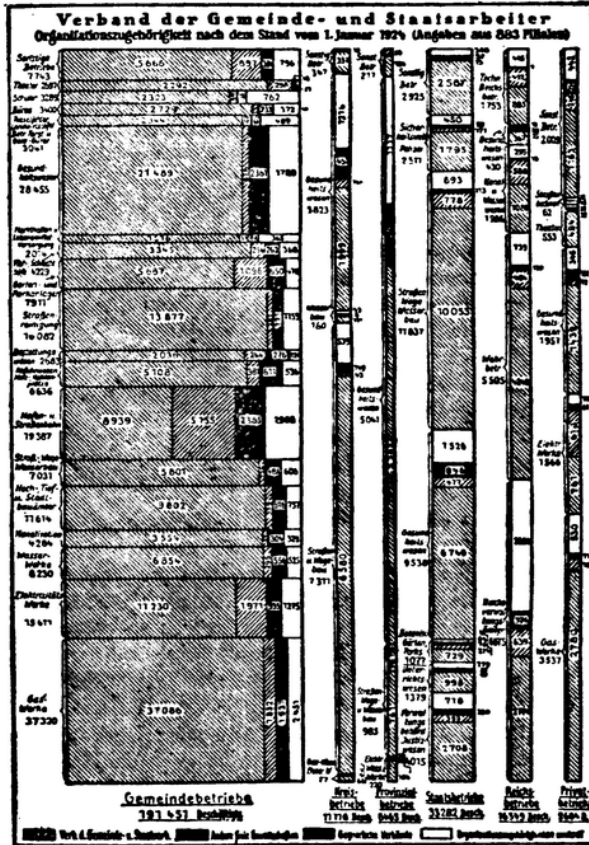
Unorganisierte haben keinen Anspruch auf die tarifvertraglichen Rechte. Für sie gilt ausschließlich der mit ihnen abgeschlossene Arbeitsvertrag. Der Arbeitgeber kann mit diesen ungünstigere Vereinbarungen treffen, als sie im Tarifvertrage enthalten sind, er kann sie aber auch zu den Bedingungen des Tarifvertrages beschäftigen. Aus dieser letzteren Tatsache wird nun von manchen Arbeitern geschlossen, daß sie die Gewerkschaftsbeiträge sparen können, weil sie ja ohnehin das erhalten, was ihre organisierten Kollegen auf Grund des Tarifvertrages erhalten. Sie übersehen dabei aber, daß das Zustandekommen eines Tarifvertrages und vor allem dessen Inhalt von der Stärke abhängt, die von der Organisation bei den Verhandlungen und beim Scheitern der Verhandlungen im Kampfe ausgedrückt werden kann. Es bedarf wohl keines Nachweises, daß es für die Gestaltung eines Tarifvertrages von ungeheurem Einfluß ist, ob die in Betracht kommende Arbeiterschaft zu 100 Proz. oder nur zu 50 Proz. organisiert ist. Der Unorganisierte hat außerdem bei Differenzen mit dem Arbeitgeber keinen Einfluß auf Inanspruchnahme der tariflichen Schiedsstellen. Er kann nur auf Grund seines Arbeitsvertrages eventuell bei Gericht klagen, wobei er entweder die Prozeßkosten selber bestreiten oder auf Armenrecht klagen muß, während die organisierten Arbeiter durch den Verband vor den tariflichen Schiedsstellen vertreten werden und bei notwendigen Klagen vom Verband Rechtschutz erhalten. Der Unorganisierte schädigt durch seinen Indifferentismus nicht nur die Gesamtheit seiner Kollegen, sondern auch sich selber.

Ende 1923 hatte unter Verband 341 Tarifverträge abgeschlossen, darunter einen Reichsmanteltarifvertrag für die Gemeindearbeiter und einen für die kommunalen Straßenbahnen. Diese beiden Tarifverträge regeln die Arbeitsbedingungen in 1223 Gemeinde-, Kreis- und sonstigen kommunalen Verwaltungen mit 4123 Betrieben. Von den 203 000 Beschäftigten waren im Sinne des Tarifrechts an diesen Tarifverträgen jedoch nur 156 000

Beschäftigte beteiligt, indem sie den vertragsschließenden Verbänden angehörten. Ist es ein Wunder, wenn es unter solchen Umständen nicht möglich gewesen ist, das unmittelbar nach Beendigung des Krieges unter dem Druck der fast reiflos in die Gewerkschaften zusammenströmenden Arbeitermassen geschlossene Tarifrecht in vollem Umfang zu halten oder gar weiter auszubauen?

Die Arbeitgeber verfügen über festgefügte Verbände, welche mit erheblichen Mitteln unterhalten werden. Jeder Unternehmer weiß, daß der von ihm zu leistende Beitrag für ihn eine gute Kapitalanlage ist. Dasselbe gilt aber auch für die Beiträge der Arbeiterschaft. Es ist gar nicht auszuwenden, wie die Arbeiterschaft die Zeit der Inflation hätte überleben können und wie die Lohn- und Arbeitsbedingungen gegenwärtig aussehen würden, stünde dem organisierten Unternehmertum eine unorganisierte Arbeiterschaft gegenüber. Die Löhne und Träume des Reichsarbeiterverbandes Deutscher Gemeinden und Kommunalverbände haben wir erst bei den letzten Tarifverhandlungen kennengelernt. Sie müßten jeden Arbeiter eindringlich warnen, unorganisiert zu bleiben.

R. W.



Zum 60. Gründungstag der Ersten Internationale



In diesem Monat, am 28. September, vollenden sich 60 Jahre seit der Gründung der ersten Internationale, der „Internationalen Arbeiterassoziation“. Die Gründung wurde beschlossen in einer Versammlung, die am 28. September 1864 in St. Martins Hall in London stattfand. In dieser Versammlung wurde ein Komitee gewählt, das den Auftrag bekam, provisorische Statuten und eine Prinzipienklärung auszuarbeiten. Diesem Komitee gehörte neben Engländern, Franzosen, Italienern Karl Marx an. Verschiedene Entwürfe lagen diesem Komitee vor, darunter ein Entwurf des Italieners Mazzini, der aus der Internationale „eine Art Zentralregierung der europäischen Arbeiterklassen“ machen wollte. Nach Widerständen setzte sich aber Marx schließlich vollständig durch und wurde mit der Abfassung der Prinzipienklärung und der Statuten beauftragt.

Die Prinzipienklärung (in der Literatur unter dem Titel „Inauguraladresse“ bekannt), war eine Art Rückblick auf die Schicksale der Arbeiterklasse seit 1845, eine Feststellung des damaligen Standes der sozialen Lage der arbeitenden Klassen mit Ausblicken, wie die soziale Lage des Proletariats zu ihren Gunsten verändert werden konnte. In der Prinzipienklärung wie auch in den Statuten wurde der Arbeiterklasse zum ersten Male gesagt, welche große Bedeutung auch der Gewerkschaftsgedanke für die Befreiung der Arbeiterklasse hat, daß der ökonomische Befreiungskampf wichtiger ist denn der politische, und daß dieser Kampf nicht lokal, nicht national, sondern international geführt werden muß. Aus diesem Gedankensystem heraus heißt es dann auch folgerichtig in der Einleitung zu den Allgemeinen Statuten der Internationalen Arbeiterassoziation: „In Erwägung, daß die ökonomische Emanzipation der Arbeiterklasse daher der große Endzweck ist, dem jede politische Bewegung, als Mittel, unterzuordnen ist.“

Es ist derselbe Geist, der dann zwei Jahre später auch den ersten Kongress der Internationale in Genf (1866) beherrschte. Von dem vier dort angenommenen, von Marx verfaßten, Resolutionen über die soziale Frage behandelt die vierte die Gewerkschaftsfrage. Es heißt auch darin, daß die Gewerkschaften neben den Tageserfordernissen, die auf Fragen des Lohnes und der Arbeitszeit gerichtet seien, bewußterweise zu „Brennpunkten der Organisationen der Arbeiterklasse“ werden müssen, um ihre vollständige Emanzipation (Befreiung) herbeizuführen.

Marx betrachtete den wirtschaftlichen Kampf und die wirtschaftliche Befreiung als den springenden Punkt der Klassenbewegung des Proletariats. Daher ordnete er den politischen Kampf dem wirtschaftlichen unter. Die Richtigkeit dieser These zeigt unsere heutige Zeit auffällig. Ist durch die Erkämpfung der freiesten politischen Demokratie das Arbeitsleben der lohnarbeitenden Schichten irgendwie grundrühlich verändert worden? Niemand wird dies behaupten wollen. Daher sehen heute auch immer mehr lohnarbeitende Schichten ein, daß nur, wenn die politische Demokratie durch die Wirtschaftsdemokratie ergänzt bzw. unterbaut wird, eine wirkliche Veränderung des Arbeitsdaseins herbeigeführt werden kann. So hat jetzt in unserer Zeit der Kampfabschnitt erst begonnen, den Marx nach seinen Überlegungen über die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft und der Bedeutung des Proletariats innerhalb der modernen Gesellschaft den Gewerkschaften vor 60 Jahren mit der Inauguraladresse und der Internationalen Arbeiterassoziation übertrug. Marx ette damit seiner Zeit voraus. Das Internationale Proletariat war in den 60er Jahren sich weder seiner Lage noch seiner Bedeutung in der Wirtschaft bewußt. Am fortgeschrittensten war noch das englische Arbeiterium. Aber die notwendige theoretische Schulung zu den in der Inauguraladresse und den Statuten der Internationale niedergelegten Erkenntnissen und die aus diesen zu folgenden Kampfmethoden fehlten auch hier. Die französischen Arbeiter freckten um diese Zeit in einer vorstellungswelt kleinbürgerlicher Revolutionsromantik und die deutschen Arbeiter waren noch der 48er Zeit folgenden Reaktionsperiode eben erst im Begriff, zu neuem politischen und organisatorischen Leben zu erwachen. Das deutsche Proletariat war um diese Zeit in seinem inneren Wesen noch viel zu unentwickelt und festlich unangelegten, um die schwierige Problematik des kapitalistischen Wirtschaftsprozesses zu überblicken und in der Veränderung dieser Wirtschaft ihre wirkliche Emanzipation zu sehen. Ihm lag der politische Kampf um Gleich-

berechtigung viel näher und der Casselle'sche Ruf nach dem freien allgemeinen Wahlrecht klang daher ein viel größeres Echo in den Massen finden als der Ruf von Marx, daß wirkliche Befreiung nur von der wirtschaftlichen Seite zu erwarten und der große Endzweck die „ökonomische Emanzipation“ sei. Noch befaßt von Handwerk und Kunst, glaubte auch mancher Arbeiter mit dem Wahlrecht und politischen Rechten an eine Rückkehr zu handwerklicher Selbstständigkeit. Das Bewußtsein der Klasse im allgemeinen, und das Bewußtsein der historischen Mission der Arbeiterklasse in der gesellschaftlichen Entwicklung im besonderen, war nur erst in einem kleinen Kreise intelligenter Persönlichkeiten vorhanden. Die wirtschaftlichen Probleme lagen für die damalige geistige Entwicklung der Arbeiterklasse viel zu kompliziert, daß sie von dieser in ihrer Mehrheit übersehen werden konnten, und das marxistische Gesetz, das nur durch eine Veränderung des wirtschaftlichen Unterbaues jeder Gesellschaft auch der politische, kulturelle und ideologische Überbau verändert werden kann, und daß die Wirtschaft das Primat (das Grundwörtliche), während Politik, selbst der Staat, das sekundäre Element ist, dürfte im allgemeinen bei den Arbeitern noch unbekannt gewesen sein.

Aus diesem Milieu heraus ist es durchaus verständlich, daß die Arbeiter den viel einfacher gelagerten politischen Problemen ein größeres Interesse entgegenbrachten. War es nicht so einfach und einleuchtend, wenn Casselle den Arbeitern sagte, daß, wenn man den vorhandenen 70 bis 80 Proz. proletarischen Jesuiten das allgemeine gleiche Wahlrecht verschaffe, diese dann mit dem Hebel des Stimmzettels und der Gesetzgebung soziale Fragen lösen könnten. Aber selbst auf dem viel einfacher gelagerten Gebiet der Politik waren die Arbeiter aller Länder zur Zeit der Internationalen Arbeiterassoziation noch sehr unselbständig. In Frankreich konnte der Staatsstreicher Louis Napoleon zur Zeit, wo die Internationale Arbeiterassoziation die ökonomische Emanzipation forderte, trotz der revolutionären Traditionen der französischen Arbeiter ohne Sorgen leben; in England singen sogar die Trades Unions an, sich von den geistigen Ausstrahlungen der Chartistenbewegung abzuhaken, um sich den Liberalen zu nähern. Eine Bewegung, die von den englischen Arbeitern bald nach 1870 vollendet wurde und sie politisch und wirtschaftlich auf mehr als ein Menschenalter aufs Engste mit den Liberalen verknüpfte. In Deutschland stand es um diese Zeit mit der politischen Selbstständigkeit nicht anders. Die Arbeiterklasse war in sich selbst noch nicht ausgeglichen, hatte sich als Klasse noch nicht konstituiert und ließ sich nach ihrem politischen Erwachen in den 60er Jahren zunächst als ein Anhängel bürgerlicher Parteien gebrauchen. Klassische Stätten dieser politischen Unselbstständigkeit waren die Arbeiterbildungsvereine in den 60er Jahren. Langer Kämpfe bedurfte es, bis es August Bebel gelang, einen Teil dieser Arbeiterbildungsvereine für den Sozialismus zu gewinnen.

Doch wenn der Ruf von Marx durch die Internationale Arbeiterassoziation an die Arbeiterwelt keine nachhaltigen Folgen hatte, so waren es auch noch andere Ursachen als politische Unmündigkeit und wirtschaftlich-geistige Apathie. Gesellschaftliche Entwicklung erhäl bald von der Wirtschaft, bald von der Politik her die Antriebe, wobei die Wirtschaft immer eine Weilepoche hinter der Politik folgt. Wirtschaftlich standen die letzten 60 Jahre im Zeichen weiteren Reizes des kapitalistischen Systems, ohne an das letzte Stadium heranzukommen. In der Politik ging der Kampf dagegen nach mehrhundertjähriger Entwicklung um den Schlußakt des demokratischen Systems. Bei allen Entwicklungen zeigen sich noch Weisigese in den Schlußakten die geringsten Widerstände. So war es auch bei dem System der politischen Demokratie. Und da auch in der Gesellschaftsentwicklung das physikalische Gesetz der Schwere zutrifft, d. h. daß die Entwicklung in der Richtung des geringsten Widerstandes verläuft, so dürfte es erklärlich sein, daß die ausreichende Arbeiterklasse den Kampf dort aufnahm, wo in Anbetracht der Lage und des Standes der Entwicklung die größten Erfolge winkten. Das war auf dem Gebiete der Politik. So konnte die deutsche Arbeiterklasse auch in den letzten 60 Jahren, trotz mancher Rückschläge, Erfolg an Erfolg buchen, um dann 1918/19 der formalen politischen Demokratie den letzten Schlußstein zu setzen.

Bei diesen erfolgreichen politischen Kämpfen wurde die Wichtigkeit der wirtschaftlichen Emanzipation im Sinne Marx' immer mehr übersehen. Ja, es gab, beinstigt durch große politische Stimmzettelerfolge, Zeiten, wo man die Gewerkschaften, die nach Marx die ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse durchzuführen haben und daher als die Brennpunkte der Organisationen der Arbeiterklasse anzusehen seien, keine Bedeutung beimaß, ja, sie als direkt über-

flüssig bezeichnete. Es sei nur an die Zeit nach dem großen Wahlerfolg der Sozialdemokratischen Partei 1890 erinnert und die Debatten auf den verschiedenen der folgenden Parteitage. Selbst ein August Bebel ließ sich durch die Stimmzettelserfolge blenden, und auf dem Parteitag in Erfurt (1891) trat dies drastisch in Erscheinung, wo Bebel in einer Polemik gegen v. Vollmar ausführte:

„Die bürgerliche Gesellschaft arbeitet so kräftig auf ihren Untergang los, daß wir den Moment abzuwarten brauchen, in dem wir die ihren Händen entfallende Gewalt aufzunehmen haben. Ja, ich bin überzeugt, die Verwirklichung unserer letzten Ziele ist so nahe, daß wenige in diesem Saale sind, die diesen Tag nicht erleben werden.“

Wenn auch im Laufe der Jahre diese politischen Illusionen verblaßten und die Arbeiter ihre wirtschaftlichen Vertretungen wieder mehr beachteten und förderten, so waren die Gewerkschaften aber noch längere Zeit, von wenigen Ausnahmen abgesehen, geistig und in prakt. den Verhältnissen entsprechend ganz den Ideologien der politischen Auffassung der Arbeiterklasse unterworfen. Auch die seit der Jahrhundertwende einsetzende Selbständigkeit der Gewerkschaften änderte an der geistigen Gesamtaufassung über die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse sehr wenig. Man glaubte mehr oder weniger mit der politischen Stimmzetteldemokratie die gesamten gesellschaftlichen Verhältnisse verändern zu können. Daher auch die gewaltige Enttäuschung und Verwirrung in der Arbeiterklasse, als man einsah, daß mit der politischen Formaldemokratie die allgemeinen gesellschaftlichen Verhältnisse nicht wesentlich verändert waren. Was dann weiter geschah, waren Verzweiflungsakte einer riesig enttäuschten Masse. Man wollte mit Gewalt erzwingen, was die organische Entwicklung noch versagt hatte.

Nach Jahren weiterer Gärung dürften wir uns heute in dem Stadium befinden, das immer weitere Kreise der Arbeiter, aber auch anderer Lohn- und Gehaltsempfänger mehr und mehr ergreifen, daß nur eine grundsätzliche Veränderung des Arbeitsdaseins herbeigeführt werden kann, wenn zu der politischen Formaldemokratie die wirtschaftliche Demokratie hinzutritt. In dem Zeitabschnitt, mit seinen geistigen und technischen Zwischenwelten, in dem die Gleichberechtigung auch in der Gesamtwirtschaft herbeigeführt werden soll, dürfen wir eingetreten sein. Die politische Entwicklung ist mit der formalen Demokratie zunächst zu einem gewissen Abschluß gekommen, der viel schwierigere und kompliziertere Kampf um die Wirtschaft beginnt. Wie dieser verläuft und in welchem Tempo, dürfte davon abhängen, welche wirtschaftlichen und geistigen Qualitäten die Arbeiter zu entwickeln vermögen. Das Tempo der Entwicklung wird zur Qualitätsfrage werden, denn das Majoritätsprinzip, das Gesetz der rohen Kraft und der großen Zahl, wird in der feinnerigen komplizierten Wirtschaft versagen.

Was Marx vor 60 Jahren in der Inauguraladresse, den Allgemeinen Statuten der Internationalen Arbeiter-Assoziation und den Resolutions des Genfer Kongresses der Arbeiterklasse zumute, ist im Geschichtsverlauf durch eine politische Zwischenwelt unterbrochen worden, aber unumstößliche Wahrheit ist geblieben, daß die ökonomische Emanzipation der große Endzweck der Kämpfe der Arbeiterklasse bilden muß.

Die Gewerkschaften, so sagte Marx vor 60 Jahren, sind die „Brennpunkte der Organisation der Arbeiterklasse“, und sie werden, nach Marx, diese Endkämpfe führen müssen.

R. Zwilling-Sema.

Beamte, Angestellte, Reichs- und Staatsarbeiter

Befestigtes Rheinland. In fast allen Konferenzen der Staatsarbeiter wurden die unhaltbaren Zustände gerügt, die sich daraus ergaben, daß die Arbeiter der auswärtigen Dienststellen keine direkte Vertretung bei der Reichsvermögensverwaltung in Koblenz hatten. Derselbe Vereinbarungen zwischen Dienststellenvorsteher und Betriebsrat wurden durch Anordnung des Präsidenten der Reichsvermögensverwaltung sehr oft abgeändert, wenn nicht ganz aufgehoben. Dem Bestreben der freien Gewerkschaften ist es nun gelungen, daß die Wahl eines Hauptbetriebsrats durch das Ministerium für die besetzten Gebiete angeordnet wurde. Die Wahl fand in der Zeit vom 22. bis 25. August statt. Zur Wahl wurden fünf Vorschlagslisten eingereicht. Bei Durchsicht der Vorschlagslisten bekam man erst einen Begriff, wie sich manche Leute die Interessensvertretung der Arbeiter und Angestellten vorstellten. Die Liste 1 (freie Gewerkschaften) hatte Beamte, Angestellte und Arbeiter der einzelnen Dienstorte je nach ihrer Stärke und Größe berücksichtigt. Die Liste 2 brachte 13 Angestellte aus Aachen und 1 Angestellten aus Düren in Vorschlag. Die Liste 3 zählte 12 Angestellte und 2 Arbeiter, darunter 1 Mitglied unseres Verbandes, das man ohne sein Wissen und Willen auf die Liste gebracht hatte. Die Liste 4 (christlich) brachte 14 Vertragsangestellte aus Aachen, Köln, Mainz, Koblenz und Wiesbaden, die Liste 5 ebenfalls 14 Angestellte aus Koblenz in Vorschlag. Die Liste 2 wurde vor der Wahl wieder zurückgezogen, weil man sich inzwischen auch in Aachen auf die Liste 1 geeinigt hatte. Die Wahl selbst brachte folgendes Ergebnis: Liste 1 (freie Gewerkschaften) 2060 Stimmen, Liste 3 (wid) 160 Stimmen, Liste 4 (Christen) 254 Stimmen, Liste 5 (wid) 61 Stimmen und 30 ungültige Stimmen. Damit sind die Kandidaten der Liste 1 restlos als Sieger aus der Wahlurne hervorgegangen. Der Hauptbetriebsrat setzt sich wie folgt zusammen: 1. W. Krähling, Verwaltungsangestellter, Koblenz, Zentralverband der Angestellten, 2. H. Witte, Arbeiter, Koblenz, Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, 3. C. Köster, Architekt, Koblenz, Butab, 4. W. Weber, Arbeiter, Köln, Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, 5. J. Hausmann, Arbeiter, Mainz, Verkehrsband, 6. R. Keller, Arbeiter, Mainz, Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, 7. W. Frey, Verwaltungsangestellter, Wiesbaden, Zentralverband der Angestellten. Als Ersatzleute kommen in Frage: 1. P. Biermann, Köln, Zentralverband der Angestellten, 2. W. Klein, Landau, Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, 3. H. Fallert, Mainz, Butab, 4. H. Marthe, Bonn, Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, 5. J. Hausmann, Arbeiter, Mainz, Verkehrsband, Crefeld, Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, 7. P. Hoffmann, Worms, Zentralverband der Angestellten. Scheidet ein Vertreter der Angestellten oder Arbeiter aus dem Hauptbetriebsrat aus, dann tritt der Ersatzmann der gleichen Organisation in den Hauptbetriebsrat ein. Auch dieser Hauptbetriebsrat wird nur dann legitim für die Arbeiter und Angestellten wirken können, wenn die einzelnen Belegschaften bestrebt sind, ihre Organisation weiter auszubauen. Es darf in den Betrieben der Reichsvermögensverwaltung

keine unorganisierten Arbeiter und Arbeiterinnen mehr geben, dann wird auch der Hauptbetriebsrat seine schweren Aufgaben lösen können. Ohne Organisation hat eine Arbeitervertretung keinen Rückhalt und ist zur Ohnmacht verdammt. Htz.

Gas, Wasser, Elektrizität

Berlin. Durch Schreiben vom 19. September 1924 ist der bestehende Lohn tarif für die Städtischen Elektrizitätswerke A.-G. zum 4. Oktober 1924 gekündigt worden. Die Verhandlungen über die Neuregelung der Löhne werden demnächst aufgenommen werden.

Berlin. Die Kollegen der städtischen Gas- und Wasserwerke A.-G. hatten am 3. September 1924 Anträge auf Erhöhung der Löhne eingereicht. Beantragt war, die Stundenlöhne um 6 bzw. 7 Pfennig zu erhöhen. Verhandlungen mit der Direktion waren ergebnislos. Die Direktion der Gas- und Wasserwerke lehnten jede Lohnerhöhung ab. Der von uns angerufene Schlichtungsausschuß Groß-Berlin fällt unter dem 19. September 1924 nachstehenden Schiedsspruch:

Die Lohnsätze der Arbeitnehmer werden von der tausenden Lohnwoche ab um 2 Pfennig pro Stunde erhöht. Die Wochenlöhne erhöhen sich im gleichen Prozentsatz. Im übrigen verbleibt es bei den bisherigen Bestimmungen. Diese Lohnregelung soll erstmalig zum 31. Dezember d. J. mit 14tägiger Kündigungsfrist kündbar sein. Wird sie nicht gekündigt, läuft sie jeweils mit gleicher Kündigungsfrist um 4 Wochen weiter. Falls der Stand der amtlichen Lebenshaltungsziffern gegenüber dem Stande vom 19. September während der Vertragszeit um mehr als 6 Punkte steigen oder fallen sollte, sollen beide Parteien auch während der Vertragszeit eine Revision der Lohnsätze beantragen können.

Die Konferenz der Obleute hat den Schiedsspruch abgelehnt und beschloffen, über die Frage Annahme oder Streik, eine Urabstimmung unter den Belegschaften vorzunehmen.

Charlottenburger Wasser- und Industrie-Werke A.-G. In der Tariffrage (Mantel- und Lohn tarif) haben am 19. September 1924 erneute Verhandlungen stattgefunden. Infolge des Vorgehens des Verbandes der Maschinenisten und Heizer, der für seine sechs Mitglieder unter der etwa 300 Mann betragenden Belegschaft einen besonderen Tarifabschluß tätigte, der gegenüber den bisherigen Bestimmungen wesentliche Verschlechterungen in den Kauf nahm, konnte keine Verständigung erzielt werden. Das Verhalten des Verbandes der Maschinenisten und Heizer unterliegt augenblicklich der Entscheidung durch den DGB. Nach dieser Entscheidung werden die Verhandlungen erneut aufgenommen werden.

Die Berliner Gasbetriebsgesellschaft droht mit Ausperrung. In einer überfüllten Betriebsversammlung der Gasbetriebsgesellschaft nahm die Belegschaft Stellung zu den provozierenden Maßnahmen ihrer Direktion während der Verhandlungen über den Abschluß des Manteltarifvertrages. Der Kollege G. nadt gab den Bericht und führte aus, daß der neue Vorschlag in fast allen Punkten

graphen wesentliche Verschlechterungen der jetzigen Bestimmungen vorliegt. So wird für Tagesarbeiter eine Wochenarbeitszeit von 54 Stunden, für Schichtarbeiter eine solche von 56 Stunden gefordert. Damit die Arbeiter nicht zu früh nach Hause kommen, soll die tägliche Pause mindestens 1½ Stunde betragen. Der Urlaub soll um über die Hälfte gekürzt werden. Bei Bezahlung der Wochenfeiertage und bei der Gewährung von Zuschüssen in Krankheitsfällen sind wesentliche Abstriche vorgenommen und endlich soll das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte vollständig beseitigt werden. Die Verhandlungskommission verlangte demgegenüber die Beibehaltung des alten Zustandes unter Wiedereinführung der achtstündigen Arbeitszeit, die bis zum 30. September 1924 auf 8½ Stunde täglich vereinbart war. Die Direktion begründet ihre Forderung mit den Auswirkungen des Londoner Abkommens und der schlechten finanziellen Lage der Gesellschaft. Demgegenüber sei folgendes festgestellt: Die Deutschen Gasgesellschaften wurden im Jahre 1918 mit einem Aktienkapital von 83 Millionen Mark gegründet. Davon wurden 50 Proz. eingezahlt, die übrigen 50 Proz. sind im Laufe der Zeit durch Ueberschüsse aufgebracht, die zu etwa 75 Proz. von der Betriebsgesellschaft an die Gasgesellschaft abgeführt werden. In der veröffentlichten Goldbilanz wird nun das jetzt 100 Millionen Papiermark betragende Aktienkapital in volle 100 Millionen Goldmark ausgewiesen. Außerdem ist noch ein erheblicher Reservefonds vorhanden. Hier müsse in Vergleich gestellt werden die Wahrnehmung der Interessen der Aktionäre gegen die der Arbeiter. Von letzteren haben viele vor und während des Krieges Kauttionen bis zu 1500 M. (also Goldmark) gestellt, die vielfach im vorigen Jahre unaufgefordert in Papiermark zurückgezahlt wurden. Der Referent wies weiter darauf hin, daß bei der Festlegung der Gehälter der leitenden Beamten und bei der Bestellung von Gärtnern, Dienern, Schaffnern und Autos für Ausschicksraismitglieder und höhere Beamte von der als notwendig hingestellten Sparsamkeit im Interesse der Gesellschaft und der Konsumenten nichts zu spüren sei. Trotz aller Gegengründe war eine Verständigung über den neuen Tarif nicht zu erzielen. Die Direktion machte deshalb den Vorschlag, die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß fortzusetzen. Der Vorschlag wurde von der Arbeiterschaft angenommen. Ehe aber der Schlichtungsausschuß tätig werden konnte veröffentlichte die Direktion einen Aushang, in dem allen gewerblichen Arbeitern die Kündigung ausgesprochen wurde. Weiter wird in dem Aushang gesagt, daß diejenigen Arbeitnehmer, die die von der Direktion einseitig diktierten Arbeitsbedingungen nicht anerkennen, dies der Gesellschaft bis zum 20. September mitzuteilen haben, damit die Papiere fertig gemacht werden können. Es sei hier interessant, festzustellen, ob auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten über Stilllegung der Betriebe der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke auch gegenüber so rabiolen Arbeitgebern mit gesetzlichen Zwangsmitteln vorgegangen werde, wie das vielfach gegenüber streikenden Arbeitnehmern der sogenannten lebenswichtigen Betriebe mit äußerster Energie geschehen ist. Der Referent schlug aber vor, sich nicht auf diese Einflüsse von außen zu verlassen, sondern in geschlossener Front zusammenzutreten, um mit aller Kraft dem Bluff der Direktion entgegenzutreten und die notwendigen Abwehrmaßnahmen zum einheitlichen Kampfe vorzubereiten. In der Diskussion zeigte sich eine erhebliche Entrüstung über das Vorgehen der Direktion. Die Redner forderten zu sofortigen schärfsten Handeln auf. Die Vertreter der Arbeitnehmer der städtischen Gaswerke und der Gasgesellschaft Niederrhein sagten die praktische Solidarität zu. Auch der Kollege Volente, der 1. Bevollmächtigte der Fabrik Berlin, erklärte, daß der Verband alle Kräfte zur Abwehr einsehen werde und daß ein event. Kampf gegen das Vorgehen der Direktion von der Organisation jederzeit Unterstützung findet. Er bezeichnet es als ganz besonders unerhört, daß eine Gesellschaft sich gegen die Bezahlung der Friedenslöhne sträubt und die sozialen Bestimmungen des Manteltarifes teilweise noch unter die der Friedenszeit bringen will, während sie selbst für ihre Produkte, die für die Lebenshaltung so überaus notwendig sind, 50 Proz. Aufschlag auf die Friedenspreise verlangt. Es wurde dann eine Entschließung angenommen, die gegen das Vorgehen der Direktion energisch protestiert und in der die Arbeiterschaft sich verpflichtet, auch ihrerseits ihre Kräfte voll einzusetzen, um diesen Abwehrkampf erfolgreich zu gestalten. Diese Resolution fand bei geheimer Abstimmung mit 1231 gegen 1 Stimme bei 2 unglücklichen Stimmen Annahme. Berücksichtigt man die Unlauter, die Kranken und die Schichtarbeiter, die am Erscheinen verhindert waren, so kann festgestellt werden, daß sämtliche dienstfreien Kollegen in der Versammlung anwesend waren. Hier trägt also die Direktion durch ihr provokierendes Vorgehen die Verantwortung, wenn in der Gasversorgung der Stadtgemeinde Berlin Schwierigkeiten entstehen. Sie konnte sich aber solches Vorgehen nur erlauben in der Hoffnung, daß durch die Loderung der Organisationsverhältnisse in vereinzelten Betrieben der Gesellschaft eine erfolgreiche Abwehr erschwert ist. Sie wird sich verrechnet haben. Die Kollegen haben eingesehen, daß die Zugehörigkeit und der Zusammenhalt in der Organisation die sichersten Mittel sind, um gegen solche Maßnahmen Widerstand zu leisten.

• Aus unserer Bewegung •

Berlin. Der Lohnsatz für die Räumerearbeiter, der bis zum 30. September befristet ist, ist von uns aufgekündigt worden. Die neuen Lohnanträge sind dem Tarifvertragsamt unter dem 16. September 1924 überreicht worden. Die Verhandlungen werden in den nächsten Tagen erfolgen.

• Internationale Rundschau •

England. Die vom englischen Gewerkschaftskongress in Hull angenommene „Charte (etwa: Grundgesetz) der Arbeit“ hat folgenden Wortlaut: 1. Staatliche Uebernahme und Kontrolle der natürlichen Reichtümer und öffentlichen Dienste: a) Rationalisierung von Grund und Boden, Bergwerken und Mineralien, b) Rationalisierung der Eisenbahnen, c) Ausbreitung aller staatlichen und Gemeindeforderungen, um allen sozialen Notwendigkeiten und Bedürfnissen Rechnung zu tragen. 2. Löhne und Arbeitszeit: a) Gesetzliche 44stündige Maximalarbeitswoche, b) Gesetzliche Mindestlöhne für alle Industrien und Berufe. 3. Arbeitslosigkeit: a) Maßnahmen zur Verhütung der Arbeitslosigkeit und ausreichende Erwerbslosenunterstützung, b) Einrichtung für sachliche Ausbildung von jugendlichen Erwerbslosen, c) Schaffung von Erleichterungen für berufliche Ausbildung von jugendlichen Arbeitslosen in Zeiten wirtschaftlicher Depression. 4. Wohnungsfürsorge: Maßnahmen betreffend gesunde und geeignete Arbeiterwohnungen. 5. Erziehung: Schaffung aller Erleichterungen seitens des Staates für den Übergang vom Elementar- zur Hochschulbildung. 6. Betriebsunfälle und Krankheit: Gewährleistung ausreichender Unterstützung und Entschädigung für alle Arten von Betriebsunfällen und Krankheiten. 7. Pensionen: a) Alterspensionen vom 60. Lebensjahre an für alle Arbeiter, b) Pensionen für verwitwete Mütter und Unmündige. Bemerkenswert ist, daß in diesem „Grundgesetz“ die Sozialisierung — in Frankreich und England wird neuerdings vielfach „Rationalisierung“ gesagt — von Grund und Boden, des Bergbaues und der Eisenbahnen vorangeht.

Der Internationale Kongress für Sozialpolitik in Prag. Der vom 2. bis 6. Oktober in Prag stattfindende Kongress für Sozialpolitik verspricht einen interessanten Verlauf. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Die Weltlage der Sozialpolitik. Ueberblick der Erwerbslosen seit 1897 auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes, des Schutzes gegen Arbeitslosigkeit, der Sozialversicherung. Die Gegenwart; Ursachen des sozialpolitischen Stillstandes; Mittel, die internationalen Arbeiterschutzbündnisse ihrer Verwirklichung entgegenzuführen; Mittel, die Länder mit fortschrittlicher Sozialgesetzgebung gegen die Konkurrenz rückständiger Länder zu schützen. Grundlagen einer neuen Sozialpolitik. Erste Frage: Der Achtstundentag, seine wirtschaftlichen, moralischen und sozialen Wirkungen. Die Förderung der persönlichen Kultur, des Familien-, des Berufslebens und der politischen Schulung der Arbeiter. Zweite Frage: Mitverantwortung und Mitspracherecht der Arbeiter in der technischen, wirtschaftlichen und sozialen Betriebsführung. Dritte Frage: Verpflichtungen der Gesellschaft auf dem Gebiete der Kräfte, insbesondere zur Verhütung der Arbeitslosigkeit. Für die Kongressteilnehmer wurden verschiedene Erleichterungen geschaffen. So haben eine Reihe von Ländern wie die Tschechoslowakei, Oesterreich und Deutschland sich bereit erklärt, Gratis-Billa auszustellen. Ferner wird den Teilnehmern auf den Eisenbahnen in der Tschechoslowakei eine 50 prozentige Ermäßigung gewährt. Diese Erleichterungen gelten auch für die Teilnehmer der vom IGB einberufenen Wanderungskonferenz, die am 29. September im Abgeordnetenhause in Prag stattfindet, da diese gleichfalls als Teilnehmer des Kongresses für Sozialpolitik betrachtet werden.

• Eingegangene Schriften und Bücher •

Stinnes und seine Konzerns. Von Paul Hermann und Karl Schäfers. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin W. 60. Preis gebunden 8 Mk., gebunden 5,20 Mk. Das Buch gibt eine verzählte Darstellung über die Entstehung und den heutigen Umfang des Stinneskonzerns. Mit der Deutlichkeit eines Films zeigen uns die Verfasser Bild für Bild das Erzeugen der Macht des Industriemagnaten Stinnes, das Werden des Weltkonzerns. Die Firma Hugo Stinnes war schon zu Anfang des Krieges ziemlich groß, hat aber, begünstigt durch den Krieg und in der Nachkriegszeit durch die Inflation, eine Ausdehnung angenommen, die als einzig dastehend bezeichnet werden muß. Zahlreich und bildlich zeigt uns das Buch, daß der Stinneskonzern nicht allein Deutschland, — Europa, sondern die ganze Welt umspannt! Nach einer Gesamtübersicht werden 4664 Unternehmungen aller Gewerbe mit einem Kapital von 244 126 278 161 Mk. dem Stinneskonzern erzählt. — Das ist die Zusammenfassung des Kapitals und der Sachwerte auf Rollen getrimmter Stützen. — Dieses Buch ist auf alle in der Welt, nicht es doch gleichzeitig für die Arbeiterschaft einen Hinweis auf die Stärkung der Gewerkschaft, um mit den Worten der Verfasser zu reden: „Der Diktator des Schwerebetriebs ist nur durch lädenlosen Zusammenschluß der schaffenden Glieder des Volkes zu begegnen.“

